

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeißer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeißer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 6. September 1930

34. Jahrgang

Nummer 36

Wahlkampf ist Lohnkampf

Nicht nur im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen sollte jeder deutsche Arbeitnehmer den Einfluß des Staates auf die heutige Lohngestaltung kennen. Diese staatliche Einflußnahme auf den Lohn ergibt sich nämlich auf dreifache Art: 1. beim Zustandekommen von Tarifverträgen, 2. durch die Steuer- und Zollpolitik und 3. durch eine preisregulierende Kartellpolitik. Welche Bedeutung in den angeführten Fällen jeweils dem Staate beizumessen ist, sollen die nachfolgenden Darlegungen kurz andeuten. Vorweg sei jedoch betont, daß auch hier, wie überall im politischen Leben, die Einflußnahme des Staates weitgehend von der Lagerung der politischen Machtverhältnisse, d. h. von der Zusammensetzung der Parlamente abhängig ist.

1. Geburtshilfe beim Tarifvertrag. Nach den neuesten Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt wurden 1928 insgesamt 1814 Anträge auf die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen gestellt. In den Jahren 1924 und 1925 war die Zahl der Anträge annähernd doppelt so hoch. Danach zu urteilen, ist mit dem organisatorischen und finanziellen Wachstum der Gewerkschaften in den letzten Jahren die Bedeutung des staatlichen Schlichtungswesens zurückgegangen. Immerhin bedeutet die Schlichtung von nahezu 2000 Tarifkonflikten noch ein sehr beachtliches Faktum in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Die erwähnten 1814 Anträge auf Verbindlichkeitserklärung wurden der Wie folgt erledigt: In 434 Fällen wurde die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen, in 479 Fällen wurde sie verweigert. Bei den übrigen wurde eine Einigung erzielt. Es wäre nun sehr interessant zu erfahren, wieviel Arbeitnehmer von dieser Regelung betroffen wurden. Leider gibt darüber die Statistik keine Auskunft. Einige Einzelfälle aus der Praxis lassen jedoch die große Bedeutung des staatlichen Schlichtungswesens erkennen. Im Ruhrbergbau, in dem zur Zeit noch 350 000 Arbeiter beschäftigt werden, mußten die Tarifkonflikte in den letzten Jahren fast immer mit staatlicher Hilfe beendet werden. In der Schwermetallindustrie von Rheinland-Westfalen, in der auch Hunderttausende beschäftigt werden, liegen die Verhältnisse ähnlich. Erinnert sei nur an den großen Nordwest-Kampf und den Deynhauser Schiedspruch von Stegerwald.

Nach der Schlichtungsverordnung erfolgt die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen, soweit sich diese auf den zuständigen Bezirk eines Schlichters erstrecken, durch den Schlichter. Die Schlichter selbst werden vom Reichsarbeitsminister bestellt. Soweit die Schiedsprüche über den bezirklichen Rahmen eines Schlichters hinausgehen, werden diese vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt.

Im Interesse der künftigen Lohngestaltung kann und darf es deshalb der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, wer den staatlichen Schlichtungsapparat bedient und beherrscht. Solange die Machtposition verschiedener Verbände nicht günstiger ist, müßte eine Bürgerblockregierung auf längere Sicht zu den schwersten Lohnpolitischen Rückschlägen führen. Ohne die reaktionären Handlungen des Zentrumministers Stegerwald entschuldigen zu wollen, muß auch beachtet werden, daß der Reichsarbeitsminister nicht eine völlige Handlungsfreiheit genießt. Er muß die wirtschaftspolitische Linie der gesamten Regierung einhalten. Diese wiederum wird bestimmt durch die politische Machtkonstellation. Außerdem war man bisher wiederholt bei der Beurteilung von wirtschaftspolitischen, bedeutungsvollen Arbeitskonflikten sehr stark auf die zahlenmäßigen Unterlagen, Erhebungen und Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums angewiesen. Daraus ergibt sich erneut die Notwendigkeit einer Erfüllung der wirtschaftsdemokratischen Forderungen der Gewerkschaften, die nur dann gewährleistet ist, wenn der politische Einfluß der freigeordneten Arbeiterklasse nicht schlechter, sondern stärker wird.

2. Die Steuer- und Zollpolitik. Im letzten Rechnungsjahr betrug die Steuerlast des Reiches 6,1 Milliarden Mark. Durch Zölle und Verbrauchsabgaben wurden rund 2,9 Milliarden Mark vereinnahmt. Insgesamt wurden demnach rund 9 Milliarden Reichsmark der Reichseinnahmen durch Steuern und Zölle aufgebracht. (Wirtschaft u. Statistik Nr. 9.) Da das Institut für Konjunkturforschung das deutsche Volkseinkommen auf 65 bis 70 Milliarden schätzt, so ergibt sich, daß diese öffentliche Last den 7. bis 8. Teil des deutschen Volkseinkommens ausmacht.

Bei der Verteilung der Steuerlast unterscheidet man zwischen Massen- und Besteuern. Zu ersteren zählt man in der Regel die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Beförderungsteuer. Durch diese drei Steuerarten allein wurden nicht weniger als 2,7 Milliarden Reichsmark eingebracht. Die Gesamteinnahmen aus der preissteigernden Zollpolitik betragen rund 1 Milliarde Mark. Die übrigen Verbrauchsabgaben (Tabak, Zuder-, Bier-, Spiritussteuer usw.) beziffern sich auf 1,9 Milliarden Reichsmark. Zwei Drittel aller Einnahmen wurden deshalb durch Massenbelastung erzielt. Wohlgemerkt: Zwei Drittel aller Reichsteuern sind Massensteuern. Gut zwei Drittel aller Reichstagsvertreter waren in der letzten Legislaturperiode auch Gegner der sozialdemokratischen Partei.

Braucht man deshalb noch lange zu fragen, wieso und warum die Verteilung der Steuerlasten in Deutschland höchst unsozial und ungerecht ist? Darf es angesichts dieser Tatsache noch Arbeitnehmer geben, die zu dem großen Heer der Indifferenten und Nichtwähler zählen?

3. Einfluß auf die Preisgestaltung. Nach zuverlässigen Schätzungen gibt es in Deutschland zirka 3000 Kartelle. Der Zweck dieser Vereinigungen ist, eine Ausschaltung der Konkurrenz und damit eine künstliche Hochhaltung der Preise zu erzielen. Hohe Preise vermindern aber die Kaufkraft des Lohnes und beeinträchtigen damit die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in ungünstiger Weise. Mit Zug und Recht fordern deshalb die Gewerkschaften seit einigen Jahren einen staatlichen und gewerkschaftlichen Einfluß auf die Kartellpolitik, um den privaten Mißbrauch dieser wirtschaftlichen Monopolstellungen zu verhindern.

Bis jetzt hat man die wirtschaftsdemokratischen Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt. In Anlehnung an die erste Kartell-

verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen hat man bis jetzt nur auf dem Wege der Notverordnung die Bestimmungen zur „Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“ erweitert. Danach kann die Reichsregierung Abmachungen über Preise (Kartellverträge) für nichtig erklären. Ferner kann sie übermäßige Preisspannen beim Verkauf von Markenartikeln verhindern. Durch die Ermächtigung zu Zollaufhebungen bzw. Zollherabsetzungen bei der Wareneinfuhr kann sie ebenfalls preisgestaltend wirken. Vor Erlass einer Maßnahme soll die Regierung die beteiligten Wirtschaftskreise hören und den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Stellungnahme ersuchen.

Wenn diese Bestimmungen auch nur Kannbestimmungen und keine Mustervorschriften enthalten, so bieten sie einer sozialfortschrittlichen Regierung doch wertvolle Handhaben gegen den Kartellwucher. Die Arbeitnehmer haben daher am 14. September auch darüber zu entscheiden, ob sie weiterhin der Preisdiskretion unterworfen sein wollen oder ob sie das wirtschaftspolitische Steuer der Sozialdemokratie sichern!

Zum 14. September

Lesen!

Lesen!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das maßgebende Unternehmerblatt, kennt nur einen Feind: die Sozialdemokratie!

Wenn aber die Sozialdemokratie einziger Feind ist, dem ist logischerweise der Kommunismus Bundesgenosse. Das hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schon oft ganz offen ausgesprochen. So in einem vielzitierten Aufsatz vom 3. Februar d. J., in dem sie erklärte, die Kommunisten hätten „für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion“. Sie müßten verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird. Und wörtlich weiter:

„Die Kommunisten . . . sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“

Niemals ist die Rolle, die der Kommunismus im Klassenkampf in Wirklichkeit spielt, klarer dargelegt worden als in dieser Offenbarung einer Kapitalistenseele!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das offenerzige Scharfmacherblatt, kommt in der Ausgabe vom 23. August auf diesen Artikel zurück und gibt folgende Wahlparole aus:

Notwendig ist daher vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfters zu betonen Gelegenheit hatten, dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.

Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ recht hat — und sie hat tausendmal damit recht! —, die KPD. als Schutztruppe der Großbourgeoisie und des Großkapitals zu empfehlen, dann ist damit die Wahlsituation auch für uns geklärt. Die Überwindung des Kommunismus ist die erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse.

Unser Kampf gegen den Kommunismus ist ein Kampf gegen den Aberglauben, gegen das primitive Mißverständnis, als ob Kämpfen gleichbedeutend wäre mit Schimpfen und Prügelein. Der Kommunismus hat seinen Nährboden in Geisteszuständen aus den Anfangsjahren des Klassenkampfes, in denen ein Fluß oder ein Steinwurf ohnmächtigen Proletariats als einziges Mittel erschien, sich zu wehren. Kein Wunder, daß sich gerade die reaktionärsten Teile des Unternehmertums nach diesem Steinzeitalter des Klassenkampfes zurücksehnen.

Worte brechen keine Beine, Fenster scheiben kann man versichern; wird es ärger, so hat man die Polizei. Der Proletarier, der heute in sinnloser Verzweiflung rebelliert, ist morgen das wehrloseste Ausbeutungsobjekt.

Aber gefährlich ist der Arbeiter, der nicht pefftafelt, sondern als bürgerlich Gleichberechtigter und geistig Ebenbürtiger sein Recht sucht, er ist, in Massen auf-tretend, unüberwindlich.

Wollt ihr wissen, was proletarische Macht und proletarische Ehre ist, dann blickt auf den geschlossenen Aufmarsch der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft!

Wollt ihr aber wissen, was proletarische Ohnmacht und proletarische Schande ist, dann blickt auf die täglichen blutigen Wahlprügeleien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten!

Hohnlachend sieht das Großkapital zu, wie die Kommunisten der Sozialdemokratie in den Rücken fallen. Grinsend reißt es sich die Hände, wenn Arbeiter unter dem Hakenkreuz und Arbeiter unter dem Sowjetstern mit Messern, Schlagringen, Revolvern aufeinander losgehen und sich im Ringkampf in der Gasse wälzen.

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch in einer unwalzenden Krise. Das theoretische System, das dem reinen Kapitalismus der Vorkriegszeit zugrunde lag, ist zum großen Teil verschwunden. Die liberale Manchestertheorie gehört als wissenschaftliche Grundlage der Wirtschaft der Vergangenheit an und hat nur noch historisches Interesse. Heute mischen sich liberale Gedanken mit feudalen oder staatssozialistischen zu verworrenen Grundgedanken. So ist es auch erklärlich, daß selbst durchgebildete Wirtschaftsführer dem Gang der Wirtschaft hilflos gegenüberstehen und ihn nicht zu deuten vermögen. Gar erst die Sachverwalter der Wissenschaft, die Hochschullehrer und Professoren, haben sich längst auf Gebiete zurückgezogen, die mit dem wirklichen pulsierenden Leben nur sehr wenig zu tun haben. Nur einige Forscher, wie Sombart, Brentano, Bonn, um nur die wichtigsten zu nennen, versuchen mit eigenem Rüstzeug den Gang der Dinge wissenschaftlich zu erklären. Die deutschen Wirtschaftsführer auf der andern Seite weisen keine überzeugende Gestalten auf. Als der Kapitalismus in Deutschland im stürmischen Vorwärtsschreiten sich verankerte, waren Industrieführer von Namen und Rang vorhanden. Krupp, Siemens, Rathenau u. a. waren über die deutschen Landesgrenzen hinaus berühmt. Spricht man heute von großen Wirtschaftsführern, so denkt man an Ford, an die Leiter der General-Motors, an Krueger, Owen Young usw. Wenn die deutsche Wirtschaft sich trotzdem aus dem Elend der Kriegs- und Inflationswirtschaft erfolgreich erheben konnte, so liegt dies an der Summierung zahlreicher Einzelkräfte, und nicht zuletzt an der Intelligenz der deutschen Hand- und Kopfarbeiter.

Einer der Verfechter der liberalen Wirtschaftsepochen ist der Professor Bonn. Dieser hat jetzt im Verlag von E. Fischer, Aktiengesellschaft, Berlin, seine Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ in erweiterter Auflage neu erscheinen lassen. In diesem lehrbuchartigen Buche wird die kapitalistische Zickzackentwicklung in der Nachkriegszeit sehr treffend gezeichnet. Bonn stellt in den einleitenden Kapiteln fest, daß die technische Produktionsmethode in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung genommen hat. Im Kriege fanden sich Mammon und Mars als Geistesverwandte zusammen. Ein autoritärer Kapitalismus war zur Herrschaft gekommen. „Knapp ein Jahrhundert hat genügt, um das Wort des Freiheitskämpfers in sein Gegenteil zu verkehren: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, schien nur noch Knechte zu wollen.“ Dieser autoritative Kapitalismus ist in Europa in seiner reinen Form nur noch in wenigen Staaten vorhanden. Die Entwicklung der Demokratie hat den breiten Volksmassen Herrschaftsmomente in die Hand gegeben, die sie zu bestimmenden Faktoren machen würden, wenn sie sich ihrer Mission bewußt wären. Dennoch ist die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus noch sehr groß, teilweise für die Politik der Staaten bestimmend. Politische und wirtschaftliche Macht klaffen heute weit auseinander. In diesem Zusammenhang schreibt Bonn:

„Die Politik ist demokratisch geworden. Und demokratisch wird sie bleiben, auch wenn vorübergehend irgendwo ein Diktator ersticht. Er wird in einem Industrielande ein Diktator des Volkes sein; und vertritt er nicht die Demokratie, so muß er das Proletariat vertreten. Denn zur politischen Macht, die der Stimmzettel verleiht, ist die wirtschaftliche Macht gekommen, die in der Organisation der Arbeiter liegt. In einem industriellen Staate kann sich keine Macht halten, die nicht ein weitgehendes Maß von Rücksicht auf die organisierten Handarbeiter nimmt. . . Da der Weg der Entredung der Masse nicht gangbar ist, und da es ein Zurück von der Demokratie nicht gibt, muß der Kapitalismus demokratisch werden. . . Er muß vor allen Dingen auch in seinen Leistungen demokratisch werden. Das heißt, er muß den Vorteil, den er dank seiner ökonomisch-technischen Beweglichkeit besitzt, so ausnutzen, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen ertragen wird. Der Kapitalismus wird nur dann geduldet werden, wenn er durch Verbilligung der Lebenshaltung und durch reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten immer breitere Schichten zu seinen Nutznießern macht.“

Diese Theorie haben die amerikanischen Unternehmer begriffen und sind in ihren Leistungen demokratisch geworden, das heißt, sie haben die Allgemeinheit an ihren Erfolgen durch billige Verkaufspreise teilnehmen lassen. Kein Mensch wird bezweifeln, daß sie damit am besten gefahren sind. Der amerikanische Unternehmer setzt hohe Löhne als gegebene Größe an. „Hohe Löhne bedeuten starke Kaufkraft. Hohe Löhne oder soziale Lasten stellen aber auch die Versicherungsprämie dar, die das kapitalistische System zu zahlen hat. Wer sich über soziale Lasten beschwert und heranzieht, der muß für hohe Löhne eintreten. Wenn der Kapitalismus das nicht will oder kann, muß er sich durch Übernahme sozialer Lasten einschließlich ausreichender Arbeitslosenfürsorge versichern. . . Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Rote Armee“. . . Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten.“

Nach diesem Prinzip haben die Amerikaner gehandelt. In der „Postischen Zeitung“ hat Henry Ford kürzlich eine Artikelreihe über sein Produktionssystem und seine Lohnpolitik erscheinen lassen. In der ihm eigenen Weise versteht er es, seine wirtschaftlichen Erfolge ins Licht zu setzen. Ford erzählt, daß er von dem Gedanken „Dienst am Kunden“ ausgegangen sei. Dann geht er auseinander, daß niedrige Löhne die Waren verteuern. Im 4. Artikel heißt es: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Geistige im Menschen nicht entwickelt wird. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln.“ In den Ford-Betrieben betrug der Stundenlohn im Durchschnitt 1910

